

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 920.756/2-II/A/6/84

An das  
Präsidium des Nationalrates1010 W i e n

ENTWURF	
66	
D. m: 18. FEB. 1985	
Verteilt 1985-02-19 Subb	

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Werneth

2543

St. Klappe

Betrifft: Gesetz- und Verordnungsentwürfe eingebracht vom BMG;  
Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz des  
Menschen und seiner Umwelt vor gefährlichen Stoffen  
sowie über den Verkehr und die Gebarung mit Giften  
(Chemikaliengesetz-ChemG);  
Stellungnahme

Im Sinne des ho. Rundschreibens vom 21. November 1961,  
Zl. 94.108-2a/61, idF des Rundschreibens vom 24. Mai 1967,  
Zl. 22.396-2/67, übermittelt das Bundeskanzleramt-Sektion II  
25 Ausfertigungen jener Stellungnahme, die es zu dem vom Bun-  
desministerium für Gesundheit und Umweltschutz unter  
Zl. IV-52.190/91-2/84 vom 31. Oktober 1984 versendeten Entwurf  
eines Bundesgesetzes über den Schutz des Menschen und seiner  
Umwelt vor gefährlichen Stoffen sowie über den Verkehr und die  
Gebarung mit Giften (Chemikaliengesetz-ChemG), abgegeben hat.

14. Feber 1985  
Für den Bundeskanzler:  
Schäffer

Konvolut

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 920.756/2-II/A/6/84

An das  
Bundesministerium für  
Gesundheit und Umweltschutz

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Werneth

2543

Betrifft: Gesetz- und Verordnungsentwürfe eingebracht vom BMG;  
Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz des  
Menschen und seiner Umwelt vor gefährlichen Stoffen  
sowie über den Verkehr und die Gebarung mit Giften  
(Chemikaliengesetz-ChemG);  
Stellungnahme

Das Bundeskanzleramt-Sektion II gibt zu dem mit do. Note vom  
31. Oktober 1984, Zl. IV-52.190/91-2/84, zur Versendung gelang-  
ten Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz des Menschen  
und seiner Umwelt vor gefährlichen Stoffen sowie über den Ver-  
kehr und die Gebarung mit Giften (Chemikaliengesetz-ChemG),  
folgende Stellungnahme ab:

1. Aus der Sicht der Planstellenbewirtschaftung ist festzuhal-  
ten:

Die Feststellungen über die personellen Auswirkungen dieses  
Gesetzesentwurfes differieren. Im Vorblatt wird ein Mehrbe-  
darf von etwa 25 Planstellen behauptet, in den Erläuterun-  
gen, Abschnitt I. Allgemeines, Punkt 6 Finanzielle Auswir-  
kungen, wird dieser Bedarf mit 30 Planstellen, und zwar  
18 Planstellen des höheren Dienstes, 4 Planstellen des gehö-  
renen Dienstes und 8 Planstellen des mittleren Dienstes,  
angegeben.

- 2 -

Allerdings fehlen Aussagen darüber, ob dieser (variierende) Mehrbedarf eine derzeit abschätzbare Obergrenze darstellt, oder ob dies nur der Bedarf für die Erstphase der Vollziehung ist.

Der in den Erläuterungen angegebene Personalmehrbedarf dürfte sich ausschließlich nur auf den Planstellenbereich "1700 Zentralleitung" beziehen.

Abgeleitet wird dieser Personalbedarf offensichtlich von der im Gesetz vorgesehenen vielfachen Verordnungsermächtigung und dem Erfordernis des Aufbaues von Datenbanken für die Registrierung sowie die Erstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Stoff- bzw. Giftliste.

Da keine detaillierten und nachvollziehbaren Angaben über den Aufgabenumfang bzw. im ADV-Bereich über das erforderliche Mengengerüst in den Erläuterungen enthalten sind, bestehen an der Berechnung des Personalaufwandes hinsichtlich dessen Bedarf Zweifel.

2. zu § 12, Altstoffliste und § 20 Giftliste:

Diese Verpflichtung zu einer wesentlichen Serviceleistung des Bundes sollte zum Anlaß einer Prüfung genommen werden, inwieweit diese Datenbanken BTX-fähig gestaltet werden könnten. Diese einfache Zugriffsmöglichkeit würde nicht nur die Garantie für eine benutzerfreundliche Dienstleistung sein, sondern auch eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung darstellen. Die BTX-Fähigkeit könnte vor allem für ärztliche und pharmazeutische Berufe in Notfällen mitunter eine lebensrettende Hilfeleistung darstellen.

3. zu § 36:

Gegen den Abs. 2 bestehen Bedenken. Hier wird der Bundesminister ermächtigt, die Registerführung ADV-unterstützt außerhalb seines Wirkungsbereiches durch Dritte zu führen.

- 3 -

Im ADV-Subkomitee wurde über das Vorhaben des BMG beraten, im neu zu beziehenden Amtsgebäude ein bundesministerieneigene Rechenzentrum für zentrale Aufgaben des Ressorts zu errichten. Es ist daher Sorge zu tragen, daß diese zentrale Aufgabe der Registerführung auch tatsächlich über dieses Rechenzentrum abgewickelt wird.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. im Sinne des ho. Rundschreibens vom 21. November 1961, Zl. 94.108-2a/61, idF des Rundschreibens vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67, 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme zugeleitet.

14. Feber 1985  
Für den Bundeskanzler:  
Schäffer

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

